



News

- i Editorial: Neue Bundesregierung, bleibende Herausforderungen**
- i Beschleunigtes Wirtschaftswachstum erst im nächsten Jahr**
- i Deutschland 2030: Mehr Autos, weniger Menschen**
- i 9. Ruhr Graduate Summer School in Essen**

Nr. 3/2013

Neue Bundesregierung, bleibende Herausforderungen



Deutschland hat gewählt. Unabhängig davon, wer tatsächlich der neuen Bundesregierung angehören wird, ist bereits klar: Es warten viele neue alte Herausforderungen auf sie. Da ist zum einen die Euro-Krise: Zwar ist die Rezession erst einmal überwunden und die größten Sorgen über einen anstehenden Zusammenbruch des Euro-Raums sind dank des Eingreifens der Europäischen Zentralbank (EZB) momentan versiegt. Doch noch sind die Wachstumsaussichten der Problemländer eher schwach und sie brauchen nach wie vor eine Stützung durch die sehr offensive Haltung der EZB. Vor allem aber muss die nationale Politik in diesen Ländern weitere Strukturreformen durchführen, obwohl es für sie sehr verführerisch ist, mit dem Erreichten schon zufrieden zu sein. Hier steigen die Herausforderungen an die Kanzlerin, diese Reformmüdigkeit mit Argumenten zu bekämpfen. Das wird schwierig.

Reformmüdigkeit kann sich auch Deutschland nicht leisten. Hierzulande besteht die Herausforderung darin, einer erfolgreichen Volkswirtschaft einen Reformkurs zu vermitteln. Unsere Arbeitsplatzsicherheit ist gut, unser Einkommenswachstum ansprechend, auch die Probleme bei der Einkommensverteilung sind im Vergleich zu anderen Staaten gering. Doch wir müssen uns auf den demografischen Wandel und den Aufstieg anderer Volkswirtschaften vorbereiten. Deshalb sollte der mit der „Agenda 2010“ eingeschlagene Kurs fortgesetzt werden. Dazu gehört auch, die deutsche Volkswirtschaft nicht durch zu hohe gesetzliche Mindestlöhne ins Abseits zu manövrieren.

Und schließlich ist da noch die Energiewende, deren Kosten durch die Förderpolitik des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aus dem Ruder gelaufen sind. Hier sollte die neue Bundesregierung dem Übel an die Wurzel gehen und das Fördersystem grundlegend ändern. Beispielsweise, indem der europäische Emissionshandel seine führende Rolle zurückbekommt und nicht weiter durch das EEG konterkariert wird. Keinesfalls sollten nur die Symptome bekämpft werden, indem man die Stromsteuer senkt oder die Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage abschafft.

All das zeigt: auch wenn die Freude von Angela Merkel über das gute Abschneiden der CDU bei der Bundestagswahl groß war – leichter wird ihre Arbeit in den kommenden vier Jahren nicht.

Christoph M. Schmidt

Beschleunigtes Wirtschaftswachstum erst im nächsten Jahr

Das RWI veröffentlichte am 18. September seinen Herbst-Konjunkturbericht. Die Wissenschaftler bleiben bei ihrer BIP-Prognose von 0,4% Wachstum in diesem und 1,9% im nächsten Jahr. Zwar weisen zahlreiche Indikatoren darauf hin, dass Deutschland die wirtschaftliche Schwächephase des Winterhalbjahrs überwunden hat. Der Aufschwung dürfte jedoch zunächst verhalten sein und erst 2014 an Fahrt gewinnen.

Es ist zu erwarten, dass sowohl die Unternehmensinvestitionen als auch die privaten Konsumausgaben steigen. Im Zuge eines Produktions- und Exportanstiegs sollte die Arbeitslosenquote von 6,8% in diesem auf 6,7% im kommenden Jahr sinken. Die Teuerung dürfte im Prognosezeitraum leicht anziehen, weil es den Unternehmen mit steigender Kapazitätsauslastung wohl besser gelingen wird, Kostensteigerungen an ihre Kunden weiterzugeben. Zudem wird sich der zuletzt beschleunigte Anstieg der Immobilienpreise mehr und mehr in Mietsteigerungen bemerkbar machen. Alles in allem erwartet das RWI eine Inflationsrate von 1,6% in diesem und 1,8% im kommenden Jahr.

Mehr zur aktuellen RWI-Konjunkturprognose unter www.rwi-essen.de/presse/

Informationen: roland.doehrn@rwi-essen.de,
sabine.weiler@rwi-essen.de

Eckwerte der Prognose

2012 bis 2014	2012	2013P	2014P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in %	0,7	0,4	1,9
Erwerbstätige ² , in 1000	41 608	41 835	42 090
Arbeitslose ³ , in 1000	2 897	2 940	2 895
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	6,8	6,8	6,7
Verbraucherpreise, Veränderung in %	2,0	1,6	1,8
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	3,1	2,3	1,0
Finanzierungssaldo des Staates⁶			
in Mrd. €	2,3	1,0	7,0
in % des nom. BIP	0,1	0,0	0,3
Leistungsbilanzsaldo ⁷ , in Mrd. €	185,6	194	206

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Im Inland. – ³Nationale Abgrenzung. – ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. – P Eigene Prognose.

Folgen von Fukushima strahlen auf deutsche Hauspreise aus

Die Schließung deutscher Atomkraftwerke nach dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima im März 2011 hat dazu geführt, dass die Hauspreise im näheren Umkreis dieser AKWs um knapp 11% gesunken sind. Dies ist eines der Ergebnisse einer aktuellen Studie von Wissenschaftlern des RWI und des IfW. Verantwortlich für die fallenden Immobilienpreise scheinen die wirtschaftlichen Folgen einer AKW-Schließung auf die umliegende Region zu sein. Für die Studie wurden Daten des Internet-Immobilienportals „ImmobilienScout24“ zu knapp 900.000 Häusern ausgewertet.

Die Stilllegung und Laufzeitverkürzung deutscher Atomkraftwerke nach der Reaktorkatastrophe im japanischen AKW Fukushima Daiichi im März 2011 hat die Immobilienpreise in der Nähe deutscher AKWs sinken lassen. Die Preise für Häuser in einem Umkreis von 5 Kilometern um deutsche Kernkraftwerke, die nach den Vorfällen in Japan stillgelegt wurden, fielen bis Mai 2012 um durchschnittlich knapp 11% im Vergleich zu Preisen für Häuser außerhalb dieses Radius. Die Hauspreise im Umkreis deutscher AKWs, die nach dem Reaktorunfall weiterbetrieben wurden, gaben entsprechend um knapp 5% nach. Auf die Preise von Häusern im Umfeld von AKWs, welche zum Zeitpunkt des Unglücks in Fukushima nicht aktiv waren, konnte kein Effekt festgestellt werden. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie von Wissenschaftlern des RWI und des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW).

Um die Auswirkungen der AKW-Schließungen und Laufzeit-Verkürzungen auf die Immobilienpreise zu untersuchen, wurden die Preise von knapp 900.000 Einzelhäusern ausgewertet, die zwischen März 2009 und Mai 2012 auf dem Internet-Immobilienportal „ImmobilienScout 24“ angeboten wurden. Nicht berücksichtigt wurde der März 2011, in dem sich das Unglück in Japan ereignete.

Schlechtere regionale Wirtschaftslage lässt Immobilienpreise sinken

Für die sinkenden Immobilienpreise rund um deutsche AKWs könnten nach Einschätzung der Wissenschaftler zwei Effekte verantwortlich sein: Zum einen verschlechtert sich mit der Schließung eines AKWs zumindest vorübergehend die wirtschaftliche Lage einer Region. Arbeitsplätze gehen verloren, die Umsätze von Hotels und Restaurants sinken, die Kommunen haben niedrigere Gewerbesteuereinnahmen. Diese schlechteren Rahmenbedingungen spiegeln sich auch in den Immobilienpreisen wider, die Region verliert an Attraktivität. Ein zweiter Effekt ist, dass durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima auch in Deutschland Atomenergie als gefährlicher wahrgenommen wird. Entsprechend wird das Wohnen in AKW-Nähe unattraktiver, und die Immobilienpreise sinken. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass vor allem die wirtschaftlichen Folgen des Atomausstiegs für die fallenden Hauspreise verantwortlich sind. Denn sie sanken besonders stark im Umkreis von deutschen AKWs, die nach dem Vorfall in Japan abgeschaltet wurden, von denen also keine unmittelbare Gefährdung mehr ausging.

Bereits drei Tage nach dem Reaktorunfall in Japan wurden sieben der insgesamt 17 deutschen AKWs vorübergehend stillgelegt. Anfang Juni 2011 beschloss die Bundesregierung ihre endgültige Schließung sowie die des AKW Krümmel, das bereits seit 2009 nicht mehr am Netz war. Die Laufzeit der übrigen neun deutschen Kernkraftwerke wurde begrenzt, das letzte wird im Jahr 2022 vom Netz gehen.

Informationen: thomas.bauer@rwi-essen.de, sabine.weiler@rwi-essen.de

Befristete Arbeitsverträge lassen Frauen bei der Entscheidung fürs erste Kind zögern

Befristete Arbeitsverträge, aber auch die allgemeine wirtschaftliche Lage können sich negativ auf die Familienplanung der Deutschen auswirken. Während Frauen den Zeitpunkt für die Familiengründung stark von persönlichen Umständen wie befristeten Beschäftigungsverhältnissen abhängig machen, spielen für Männer offenbar eher die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen eine Rolle. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie des RWI und der Ruhr-Universität Bochum, die den Zusammenhang zwischen ökonomischer Unsicherheit und dem Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes untersucht. Hierfür wurden Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 2001 bis 2011 ausgewertet.

Jetzt oder doch erst später - beeinflusst ökonomische Unsicherheit die Terminierung der Geburt des ersten Kindes? Diese im Hinblick auf den demografischen Wandel zentrale Frage ist Gegenstand einer aktuellen Studie des RWI und der Ruhr-Universität Bochum. Um den Zusammenhang zwischen ökonomischer Unsicherheit und dem Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes zu erforschen, wird ökonomische Unsicherheit erstmals auf drei unterschiedlichen Ebenen gemessen: individuell (subjektive und objektive Charakteristika des Erwerbslebens), auf Bundes- und Berufsebene (Arbeitslosenquoten) sowie anhand der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage (ifo-Geschäftsklimaindex).

Die Untersuchung auf Basis von Daten des SOEP aus den Jahren 2001 bis 2011 zeigt, dass sich befristete Arbeitsverträge negativ auf die Familienplanung von Frauen auswirken können: Im Vergleich zu einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis haben Frauen während einer befristeten Beschäftigung eine um 50% geringere Wahrscheinlichkeit ein Kind zu bekommen. Daher bekommen Frauen in befristeten Beschäftigungsverhältnissen meist erst später Kinder. Dies

ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass sie den Wechsel in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis abwarten möchten.

Erlebte Arbeitslosigkeit erschwert Frauen zusätzlich die Entscheidung für ein Kind

Wurden in der Vergangenheit Arbeitslosigkeitserfahrungen gemacht, führt auch dies zu einer Verzögerung: Für derzeit beschäftigte Frauen kann in der Vergangenheit erlebte Arbeitslosigkeit zu deutlichen Verzögerungen in der Familienplanung führen. Selbst wenn die gesamtwirtschaftliche Situation gut ist, messen Frauen einer Beschäftigung hohen Wert bei. Da diese nicht „leichtfertig“ aufgegeben wird, entscheiden sich Frauen daher eher in „schlechten“ gesamtwirtschaftlichen Zeiten für ein Kind. Entsprechend ist der Zusammenhang zwischen ifo-Geschäftsklimaindex und dem Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes negativ: eine gute wirtschaftliche Situation verzögert eher noch die Entscheidung fürs Kind. Die Arbeitslosenquoten in Beruf und auf regionaler Ebene scheinen die individuelle Familienplanung hingegen nicht zu beeinflussen.

Während die Ergebnisse für Frauen auf den ersten Blick überraschend erscheinen, sind sie vor dem Hintergrund der Auswirkungen auf die Karriere verständlich: Frauen verlassen nach der Geburt eines Kindes in einer Mehrzahl der Fälle für einige Zeit den Arbeitsmarkt. Da dieses Verhalten in ökonomisch guten Zeiten hohe Opportunitätskosten mit sich bringt, verschieben Frauen den Zeitpunkt, um in guten Zeiten im Beruf zu bleiben. Männer hingegen entscheiden sich für ein Kind, wenn die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen stimmen. Unsicherheiten auf persönlicher Ebene sind bei ihnen von geringerer Bedeutung.

Politik sollte Anreize zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen

Um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken, ist es wichtig, dass Frauen ihr erstes Kind möglichst früh bekommen. Je später das erste Kind geboren wird, desto höher sind z.B. die biologischen Risiken bei der Geburt des zweiten Kindes. So steigt die Wahrscheinlichkeit, dass insgesamt weniger Kinder geboren wer-

Aus der Forschung

den. Frauen sollten daher ohne Bedenken im Beruf pausieren können und die Sicherheit haben, wieder auf altem Niveau einsteigen zu können. Für Männer hingegen, die im Falle der Familiengründung in der Regel weniger berufliche Risiken eingehen müssen, ist es besonders wichtig, dass während eines wirtschaftlichen Abschwungs die Auswirkungen auf die private Ebene abgefangen bzw. gedämpft werden.

Diesem Beitrag liegt Ruhr Economic Paper #422 („Sooner or Later – Economic Insecurity and the Timing of First Birth“) zugrunde. Es ist als Download unter www.rwi-essen.de/rep erhältlich.

*Informationen: michael.kind@rwi-essen.de,
katharina.brach@rwi-essen.de*

Deutschland 2030: Mehr Autos, weniger Menschen

Obwohl in Deutschland im Jahr 2030 voraussichtlich weniger Menschen als heute leben werden, wird der Bestand an privaten Kraftfahrzeugen höher sein. Dies liegt zum einen an der steigenden Zahl von Haushalten, zum anderen an voraussichtlich steigenden Einkommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle RWI-Studie auf Grundlage von Daten des Deutschen Mobilitätspanels.

Im Jahr 2030 wird es in Deutschland trotz sinkender Bevölkerungszahlen voraussichtlich mehr private Kraftfahrzeuge geben. Obwohl die Zahl der in Deutschland lebenden Personen wohl bis 2030 um 4,7% auf etwa 77,4 Millionen sinken wird, dürfte die Zahl privater PKWs in Deutschland um rund 3,9% auf 44,8 Millionen steigen. Zu diesem Ergebnis kommt eine RWI-Studie zum Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf den künftigen PKW-Bestand privater Haushalte.

Ein wesentlicher Grund für die steigende PKW-Anzahl ist nach Einschätzung der Wissenschaftler, dass die Zahl der Haushalte trotz des Bevölkerungsrückgangs weiter zunehmen dürfte. Tatsächlich steigt sie seit Jahrzehnten: Wurden nach der Wiedervereinigung im Jahr 1991 rund 35,3 Millionen Haushalte gezählt, waren es im Jahr 2012 bereits 40,4 Millionen. Im Jahr 2030 könnten es Prognosen zufolge 41 Millionen sein. Mit

der steigenden Zahl an Haushalten nimmt gleichzeitig die durchschnittliche Zahl an Personen pro Haushalt ab. Zwar besitzen kleinere Haushalte im Vergleich zu größeren Haushalten weniger Autos. Dieser Effekt wird jedoch durch eine zunehmende Anzahl an kleinen Haushalten kompensiert.

PKW-Bestand steigt nur, wenn die Einkommen wachsen

Neben der wachsenden Zahl an Haushalten sorgen auch steigende Einkommen für einen höheren PKW-Bestand der privaten Haushalte. So liegt der Schätzung von rund 44,8 Millionen privater PKW im Jahr 2030 die Annahme zugrunde, dass die Einkommen der Haushalte im Schnitt um 0,8% pro Jahr steigen. Sollten die Einkommen künftig jedoch stagnieren, ergeben die Simulationen einen privaten PKW-Bestand im Jahr 2030 von rund 41,7 Millionen. Er läge damit unter dem aktuellen Fahrzeugbestand.

Für die Studie wurden Daten des Deutschen Mobilitätspanels verwendet, das im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Informationen erhebt wann, wozu und mit welchem Verkehrsmittel die Menschen in Deutschland unterwegs sind. Sie basiert auf Angaben von mehr als 5000 Haushalten in den Jahren 1999 bis 2009. Zudem flossen Daten des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft und des Statistischen Bundesamts in die Untersuchung ein.

*Informationen: colin.vance@rwi-essen.de,
sabine.weiler@rwi-essen.de*

Aus der Universität Duisburg-Essen

9. Ruhr Graduate Summer School in Essen

Vom 5. bis 9. August kamen am Essener Campus knapp 20 Doktoranden und Vertreter der Politikberatung zusammen, um im Rahmen der 9. Ruhr Graduate Summer School das Thema Handel und Klimapolitik („Trade and Climate Policy Analysis with GAMS and MPSGE“) zu diskutieren.

Neben Professor Christoph Böhlinger von der Universität Oldenburg, der als regelmäßiger Dozent schon in früheren Summer Schools sein Expertenwissen eingebracht hat, konnte für die Veranstaltung erstmals Professor Edward Balistreri von der Colorado School of Mines, USA, gewonnen werden. Die Internationalität der einwöchigen Veranstaltung durchzog auch den Teilnehmerkreis: „Wir hatten erneut deutlich mehr Teilnehmer aus dem Ausland; nahezu alle Kontinente waren vertreten“, so Prof. Dr. Volker Clausen, Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Die Graduate Summer School ist Bestandteil der Ruhr Graduate School in Economics (RGS). Dieses Promotionsprogramm der Volkswirtschaftslehre wird von den Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen sowie dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) gemeinsam getragen.



Sommer in Duisburg: Die Teilnehmer der 9. Ruhr Graduate Summer School.

CINCH Academy – Gesundheitsökonomische Summer School im RWI

Am RWI fand vom 3. bis 9. Juni erstmalig die CINCH Academy statt, eine Summer School für wissenschaftlichen Nachwuchs in der Gesundheitsökonomik. Das Forschungszentrum CINCH, eine Kooperation von RWI, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Universität Duisburg-Essen, hatte 20 Teilnehmer aus einem internationalen Bewerberfeld ausgesucht, die Hälfte von ihnen von ausländischen Institutionen.



Der Unterricht wurde von zwei internationalen Experten gegeben: Pedro Pita Barros (Lissabon) und Ching-to Albert Ma (Boston) lieferten einen umfassenden Überblick über sowohl theoretische als auch empirische Aspekte der modernen Gesundheitsökonomik. Außerdem stellten die Teilnehmer ihre eigenen aktuellen Forschungsprojekte in Form von kurzen Präsentationen vor. Hier ging es vor allem darum, wissenschaftliche Diskussion zu üben und den Nachwuchsforschern Rückmeldungen zu ihren Ideen zu geben. Ein Teilnehmer bestätigte im Nachhinein: „Die CINCH Academy hat mir geholfen, meine eigene Forschung in das große, ganzheitliche Bild der Gesundheitsökonomik einzubetten und mir neue, gute Anregungen gegeben.“

Prof. Martin Karlsson (CINCH, Universität Duisburg-Essen) ist verantwortlich für die CINCH Academy. Er ist überzeugt: „Die CINCH Academy war ein voller Erfolg! Wir freuen uns schon auf das nächste Jahr.“ Und er ergänzt direkt: „Unser Dank gilt vor allem auch denjenigen im RWI, die uns mit ihrer Kooperations- und Hilfsbereitschaft so sehr unterstützt haben.“

Workshop Immobilien- ökonomie in Essen

Die immense Bedeutung der Immobilienmärkte für die gesamte Wirtschaft ist nicht erst seit der globalen Wirtschaftskrise deutlich geworden, welche durch den Zusammenbruch des amerikanischen Immobilienmarktes ausgelöst wurde. Um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik zu ermöglichen, fand im September 2013 in Essen die dritte Auflage des Workshops „Immobilienökonomie“ statt. Nachdem der Workshop in den Vorjahren in Hamburg und Berlin stattgefunden hatte, wurde er in diesem Jahr durch Prof. Ansgar Belke und Prof. Michael Stein von der Universität Duisburg-Essen in Kooperation mit der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), der Helmut-Schmidt-Universität (Hamburg) und der Fritz Thyssen Stiftung auf dem Gelände der Zeche Zollverein in Essen durchgeführt.

Zwei Tage lang diskutierten die Teilnehmer über neueste Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Immobilienökonomie. Dabei ging es um so vielfältige Themen wie die Immobilienfinanzierung, die Einflussgrößen der Immobilienpreisentwicklung, rechtliche Aspekte der Immobilienwirtschaft oder den Zusammenhang von Städtebau und Weltklima. Ein besonderer Schwerpunkt des diesjährigen Workshops war es, sowohl Wissenschaftler diverser Hochschulen und Forschungsinstitutionen als auch Praktiker aus der Immobilienwirtschaft zusammenzubringen und einen regen Austausch zu fördern. Das besondere Ambiente der Zeche Zollverein bot hierzu ein inspirierendes Umfeld. Eine Führung durch das Industriedenkmal ermöglichte den Teilnehmern des Workshops zudem, mehr über die Geschichte und den Strukturwandel im Ruhrgebiet zu erfahren.

Eingeworbene Forschungsaufträge

Möglichkeiten und Grenzen der Schätzung von Wachstums- und Beschäftigungseffekten von Strukturreformen
Auftraggeber: BMWi. Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn. Laufzeit: 5 Monate

Tracer Study & Enterprise Survey within the „Programme Reform of TVET in Vietnam“
Auftraggeber: GIZ. Ansprechpartner: Prof. Dr. Jochen Kluge. Laufzeit: 3 Monate

Evaluability Assessment of Mini-Grid Electrification in Senegal
Auftraggeber: FMO Entrepreneurial Development Bank (Nederlandse Financierings-Maatschappij voor Ontwikkelingslanden N.V.). Ansprechpartner: Maximiliane Sievert. Laufzeit: 3 Monate

AG Ökonomie/Energiesysteme der Zukunft
Auftraggeber: acatech. Ansprechpartner: Nils aus dem Moore. Laufzeit: 35 Monate

Improving Access to Housing Micro-Finance in Uganda and Kenya
Auftraggeber: Habitat for Humanity/Mastercard Foundation. Ansprechpartner: Dr. Jörg Peters. Laufzeit: 32 Monate

Der kausale Zusammenhang zwischen Zahl der Fälle und Behandlungsqualität in der Krankenhausversorgung: Eine Evaluation unter Berücksichtigung von Mindestmengen und Erreichbarkeiten (MINVOL)
Auftraggeber: BMBF. Ansprechpartner: Dr. Roman Mennicken. Laufzeit: 2 Jahre

Nachweis der Beschäftigungswirkungen von Maßnahmen der deutschen EZ - Land Marokko
Auftraggeber: GIZ. Ansprechpartner: Prof. Dr. Jochen Kluge. Laufzeit: 3 Monate

RWI-Präsident beim 1. Internationalen Deutschlandforum

Anlässlich des 1. Internationalen Deutschlandforums am 5. Juni 2013 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel hochrangige Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung ins Bundeskanzleramt eingeladen. Über 100 internationale Experten, darunter RWI-Präsident Christoph M. Schmidt, tauschten sich im Rahmen des von der Regierung neu geschaffenen Diskussionsformats zum Thema „Was Menschen wichtig ist – Lebensqualität und Fortschritt“ in Berlin aus. Ziel des Expertentreffens war es, den gegenseitigen Austausch innovativer Ideen in Bezug auf die Frage, wie man Lebensqualität messen kann, zu fördern und anzuregen.

Prof. Dr. Schmidt stellte während seines Kurzvortrags „Viele Indikatoren – wofür?“ unter anderem das Konzept der 10 Leitindikatoren vor, welches die Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität des Deutschen Bundestages erarbeitet hat. „Zur Messung von Lebensqualität brauchen wir einen komplexen und gleichzeitig verdaulichen Indikatorensatz“, so Schmidt. Man könne nicht gleichzeitig die Vielfalt des Lebens anerkennen und darauf hoffen, dass sich diese in einem einzigen Indikator zusammenpressen ließe. Auf der Suche nach dem Glück müsse vielmehr die richtige Balance gefunden werden zwischen objektiven Indikatoren wie etwa Einkommen oder Vermögen und eher subjektiven wie Freiheit oder Gesundheit.



Bundeskanzlerin Angela Merkel begrüßt RWI-Präsident Christoph M. Schmidt.



Folgten der Einladung der Kanzlerin und kamen nach Berlin: Internationale Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

RWI bei VfS- und EEA-Jahrestagungen

Auch in diesem Jahr war das RWI wieder als Aussteller bei den Jahrestagungen der European Economic Association (EEA) und des Vereins für Socialpolitik (VfS) vertreten. Während die EEA vom 26. bis 30. August 2013 an der Universität Göteborg in Schweden tagte, hielt der Verein für Socialpolitik seine Konferenz vom 4. bis 7. September 2013 an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ab. An seinem Stand informierte das RWI bei beiden Tagungen über seine neuesten wissenschaftlichen Publikationen und die Angebote der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Darüber hinaus diente der Stand einmal mehr als Treffpunkt für die RWI-Wissenschaftler.

Informationen: sabine.weiler@rwi-essen.de



Heja Sverige: Bei der Jahrestagung der European Economic Association (EEA) in Göteborg präsentierte das RWI seine Forschungsergebnisse einem internationalen Publikum.

Besuch aus Lateinamerika



Im Land der Sozialen Marktwirtschaft: Am 15. August 2013 besuchten 12 Wirtschaftsexperten aus Lateinamerika das RWI im Rahmen eines von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Deutschlandseminars. RWI-Präsident Christoph M. Schmidt stellte der Delegation die Arbeit des RWI vor und tauschte sich anschließend mit den Gästen zu Themen wie Eurokrise und demografischem Wandel aus.

Termine

„Therapy“-Seminarwandern in Haltern am See



Die Sommeredition des diesjährigen Seminarwanderns führte 17 RWI-Jungwissenschaftler am 12. und 13. September an den nördlichen Rand des Ruhrgebiets nach Haltern am See. Dort stellten sie ihre eigene Arbeit vor und informierten sich über die Arbeit ihrer Kolleginnen und Kollegen. Zum Konzept des Seminarwanderns gehört, dass Forschungsideen gemeinsam diskutiert und verbessert werden. Gleichzeitig geht es darum, sich gegenseitig besser kennenzulernen, um die Grundlagen für eine noch intensivere Zusammenarbeit zu legen. Nach einer Gruppendiskussion können die Vortragenden zudem ihre Präsentation detailliert mit einem promovierten RWI-Wissenschaftler besprechen. Abgerundet wurde das Programm durch die obligatorische abendliche Wanderung – diesmal rund um den Halterner Stausee.

Terminankündigung: 17. RWI-Wirtschaftsgespräch

Das diesjährige RWI-Wirtschaftsgespräch findet am 2. Dezember 2013 in der Philharmonie in Essen statt. Zum Thema „Auf Sicht oder mit Agenda? Wirtschaftspolitische Perspektiven für die neue Bundesregierung“ diskutieren: Dr. Norbert Walter-Borjans (Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen), Prof. Nicola Fuchs-

Schündeln (Inhaberin des Lehrstuhls für Makroökonomie und Entwicklung an der Goethe-Universität Frankfurt), Lencke Wischhusen (Bundesvorsitzende des Verbandes „Die jungen Unternehmer“ (BJU), Unternehmerin) sowie RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt.

Informationen: katharina.brach@rwi-essen.de

AUF SICHT ODER MIT AGENDA? 17. RWI-Wirtschaftsgespräch

Wirtschaftspolitische Perspektiven für die neue Bundesregierung



Abschlussbericht: Enquete-Kommission stellt neuen Indikatorensetz vor

Von Januar 2011 an wirkte RWI-Präsident Christoph M. Schmidt als Sachverständiger in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ mit. Der Schwerpunkt seiner Projektgruppe lag auf der Entwicklung eines ganzheitlichen Indikators für nachhaltigen Wohlstand. Im Mai legte die Kommission ihren Abschlussbericht vor: Das Ergebnis der Zusammenarbeit der Politiker und Wissenschaftler ist unter anderem ein Indikatorensystem, das sich drei gleichrangigen Wohlstandsdimensionen zuordnen lässt und so der Komplexität des Wohlstandsbegriffes Rechnung trägt.

Was bedeuten Wohlstand und Lebensqualität? Welchen Stellenwert sollte das Wachstum haben? Lassen sich Wirtschaften und Ressourcenverbrauch entkoppeln? Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise und der zunehmenden Belastung der ökologischen Lebensgrundlagen hatte der Deutsche Bundestag im Herbst 2010 die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ eingesetzt. Der zentrale Arbeitsauftrag bestand in der Prüfung der Eignung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Wohlstandsindikator und der Erarbeitung möglicher Alternativen, etwa in Form eines ganzheitlichen Indikators. Im Mai 2013 legte die aus 17 Mitgliedern des Deutschen Bundestags und 17 Sachverständigen bestehende Kommission ihren Abschlussbericht vor.

Bruttoinlandsprodukt ist unzureichender Wohlstandsindikator

Die Kommission kommt in ihrem Bericht zu dem Ergebnis, dass das BIP den Wohlstand einer Gesellschaft zwar nur unzureichend abbildet, das BIP-Wachstum sich aber nicht ohne Grund als Leitindikator für einen Zuwachs an gesellschaftlichem Wohlstand etabliert hat. Denn die Höhe des BIP korrelierte zumindest bis

Ende des 20. Jahrhunderts stark mit materiellen und immateriellen Maßen des Wohlstands.

Das BIP als Wohlfahrtsmaß hat jedoch Schwächen: In ihm sind marktferne Dienstleistungen (z.B. Ehrenamt, Hausarbeit) ebenso wenig enthalten wie die bei der Produktion entstehenden Umweltschäden oder der Ressourcenverbrauch. Auch gesellschaftliche Verteilungsaspekte und immaterieller Wohlstand bleiben unberücksichtigt. Die Enquete-Kommission stellt somit fest, dass Wachstum in sich selbst kein Ziel sein könne, wenngleich es eine hohe Bedeutung für die Zielerreichung habe. Dies gelte insbesondere für die finanzielle Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte und des Gesundheitssystems sowie das Erhalten eines hohen Rentenniveaus. Mit Blick auf den demografischen Wandel wird dargelegt, dass Wachstum allein kein hinreichendes Mittel zur Aufrechterhaltung des Sozialsystems sein kann.

Nachhaltige Ordnungspolitik nur erfolgreich bei internationaler Kooperation

Hinsichtlich einer möglichen Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch stellt die Enquete-Kommission fest, dass der Umweltschutz in Deutschland zwar bereits einen erheblichen Beitrag zum Abbau externer Effekte wie der Umweltverschmutzung geleistet hat. Entscheidendes Handlungsfeld einer Entkopplung sei allerdings die internationale und europäische Kooperation, beispielsweise beim EU-Emissionshandel, der Förderung erneuerbarer Energien und der Integration der europäischen Elektrizitätsmärkte. Als zentrale Leitlinie für nachhaltige Ordnungspolitik identifizierte die Kommission, dass jeder Akteur die mit seinen Handlungen verbundenen wirtschaftlichen und ökologischen Konsequenzen tragen muss.

„WB-Indikatoren“ erlauben differenziertere Messung von Wohlstand

Die zentrale Frage bei der Erstellung eines ganzheitlichen Wohlfahrtsindikators war, ob Wohlfahrt in einer einzigen, leicht kommunizier- und vergleichbaren Zahl zusammengefasst werden kann. Allerdings lässt sich über einen derart aggregierten Index kaum eine

Neues aus Berlin



Bei der Arbeit: Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

objektive Aussage treffen: Da er sich aus verschiedenen quantifizierten Indikatoren zusammensetzt, entscheidet die Gewichtung dieser einzelnen Faktoren über seine Höhe. Die Alternative ist, den ganzheitlichen Wohlfahrtsindikator als ein Bündel verschiedener Einzelindikatoren darzustellen, das stärker der Komplexität des Wohlstandsbegriffes Rechnung trägt. Ein zu komplexes Indikatorenbündel wird allerdings schnell unübersichtlich und eignet sich daher wiederum nicht für die gesellschaftliche und politische Debatte. Die Aufgabe bestand daher darin, ein hinreichend differenziertes und möglichst einfach zu vermittelndes Indikatorensystem zu entwerfen.

Das Ergebnis ist der W3-Indikatorensatz mit zehn Leitindikatoren, die sich drei gleichrangigen Wohlstandsdimensionen zuordnen lassen: „Materieller Wohlstand“ mit den Indikatoren (Pro-Kopf-) Einkommen, Einkommensverteilung und Staatsschulden, „Soziales und Teilhabe“ mit den Indikatoren Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Freiheit sowie „Ökologie“ mit den Indikatoren Treibhausgasemissionen, Stickstoffüberschuss und Artenvielfalt. Das System der

„W3-Indikatoren“ funktioniert nach dem Prinzip eines „Dashboards“: Ähnlich wie beim Tachometer eines Pkw sind nicht alle Indikatoren zu jedem Zeitpunkt gleich wichtig. Deshalb geben neun weitere Zusatzindikatoren als „Warnlampen“ Auskunft darüber, ob kritische Werte überschritten wurden.

Der Fokus auf das BIP hat oftmals zu Entscheidungen geführt, die kurzfristigen Erfolg versprochen, aber zu erheblichen Schäden führten, insbesondere mit Blick auf das Klima und die öffentlichen Finanzen. Mit den „W3-Indikatoren“ hat die Politik ein Instrument zur Verfügung, das es erlaubt, solche Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und gegenzusteuern. Nun gilt es, dieses Instrument zu nutzen.

Der vollständige Schlussbericht der Enquete-Kommission sowie eine Zusammenfassung finden sich im Internet unter: www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Schlussbericht/index.html

Informationen: nils.ausdemmoore@rwi-essen.de

Berliner Büro zieht um

Das Berliner Büro des RWI bezieht zum 1. Oktober neue Räumlichkeiten. Die neue Adresse lautet:

RWI – Büro Berlin

Invalidenstraße 112

10115 Berlin

Die bisherigen Telefonnummern bleiben bestehen; die Zentrale ist weiterhin unter der Telefonnummer 030-20 21-5 98-0 erreichbar.

Informationen: nils.ausdemmoore@rwi-essen.de

Publikationen

Ruhr Economic Papers

Download der Ruhr Economic Papers unter www.rwi-essen.de/rep

(427) Beckmann, J., A. Belke und F. Verheyen (UDE)

Exchange Rate Pass-through into German Import Prices – A Disaggregated Perspective

(428) Beckmann, J., A. Belke und M. Kühl (UDE)

Foreign Exchange Market Interventions and the \$-¥ Exchange Rate in the Long-Run

(429) Belke, A. (UDE)

Impact of a Low Interest Rate Environment - Global Liquidity Spillovers and the Search-for-yield

(430) Belke, A. (UDE)

Finance Access of SMEs: What Role for the ECB?

(431) Beckmann, J. und R. Czudaj (UDE)

Is there a Homogeneous Causality Pattern between Oil Prices and Currencies of Oil Importers and Exporters?

(432) Klohn, F. und C. Strupat (RGS, UDE, RWI)

Crowding out of Solidarity? – Public Health Insurance versus Informal Transfer Networks in Ghana

(433) Bauer, T. K., S. Braun und M. Kvasnicka (RUB, RWI)

Distant Event, Local Effects? Fukushima and the German Housing Market

(434) Hanck, C. und R. Czudaj (UDE)

Nonstationary-Volatility Robust Panel Unit Root Tests and the Great Moderation

(435) Belke, A. und M. Wiedmann (UDE)

Monetary Policy, Stock Prices and Central Banks - Cross-Country Comparisons of Cointegrated VAR Models

(436) Körner, T., O. Müller, S. Paul und C. M. Schmidt (RGS, RUB, RWI)

Supervisory Board Qualification of German Banks – Legal Standards and Survey Evidence

(437) Körner, T. und I. Schnabel (RGS)

Abolishing Public Guarantees in the Absence of Market Discipline

(438) Luhan, W. J., O. Poulsen und M.W.M. Roos (RUB)

Unstructured Bargaining over an Endogenously Produced Surplus and Fairness Ideals – An Experiment

Publikationen

(439) Orland, A. und M.W.M. Roos (RUB)

Price-Setting Behavior with Menu Costs – Experimental Evidence

(440) Bergheim, R. und M.W.M. Roos (RUB)

Intuition and Reasoning in Choosing Ambiguous and Risky Lotteries

(441) Fischer, M., M. Karlsson und T. Nilsson (RGS, UDE)

Effects of Compulsory Schooling on Mortality – Evidence from Sweden

(442) Kind, M. (RGS, RWI)

A Level Playing Field – An Optimal Weighting Scheme of Dismissal Protection Characteristics

RWI Materialien

Download der RWI Materialien unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/

(74) Roppel, U.

Generationenpolitik – Der drohende Generationenkonflikt

(75) Augurzky, B. und S. Felder

Volkswirtschaftliche Kosten und Nebenwirkungen einer Bürgerversicherung

RWI Schriften

Download der RWI Schriften unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-schriften/

(84) Neumann, U., L. Trettin und C. M. Schmidt

Förderung der Lokalen Ökonomie – Fallstudie im Rahmen der Evaluation des Programms Soziale Stadt NRW

Höhen und Tiefen – der RWI-Betriebsausflug



Organisiert vom Kompetenzbereich „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“ stand der diesjährige Betriebsausflug am 19. September unter dem Motto „Höhlen- und Hüttentag“: Besucht wurden die Kluterthöhle in Ennepetal und die Henrichshütte in Hattingen.

Zunächst ging es gemeinsam mit dem Bus zur Kluterthöhle, eine der größten Natur- und Schauhöhlen Deutschlands. Die RWI-Mitarbeiter konnten hier zwischen einer Normalführung und einer Erlebnistour wählen. Die Normalführung vermittelte Informationen zur Entstehung der Höhle und der Nutzung der Höhle während des Zweiten Weltkriegs. Der Hauch des Abenteuers umwehte die mutigen Erlebnistourer: auf dem Bauch liegend mussten diverse Engstellen passiert werden – Lehm-packung und blaue Flecken inklusive.

Nach dem wohlverdienten gemeinsamen Mittagessen ging es am frühen Nachmittag weiter zum LWL-Industriemuseum Henrichshütte Hattingen. Das größte Ausstellungsstück des Museums für Eisen und Stahl ist der älteste noch erhaltene Hochofen im Revier, der 1987 ausgeblasen wurde. Den 55m hohen Turm kann man heutzutage bequem mit dem Aufzug „besteigen“. In drei verschiedenen Führungen konnten sich die Mitarbeiter über die Geschichte der Hütte und die Technik der Eisenverhüttung, den Herstellungsprozess von Stahl oder aber die Sonderausstellung des Bildhauers Karl Manfred Rennertz informieren.



Gesundheitstag

Die eigenen Grenzen ausloten: RWI-Mitarbeiter konnten beim 2. Gesundheitstag am 5. September 2013 einen Lungenfunktionstest und eine Handkraftmessung durchführen lassen.

Der diesjährige Gesundheitstag fand statt in Zusammenarbeit mit der KKH Kaufmännische Krankenkasse. Ergänzend zu den Aktionen gab es Informationen zu den Themen Gesunder Rücken, Ernährung und Entspannung.





Katharina Brach arbeitet seit dem 15. Juli als Pressereferentin in der Abteilung Kommunikation. Von 2002 bis 2008 studierte sie Regionalwissenschaften Lateinamerika an der Universität zu Köln und der Universität Jaume I in Spanien mit den Schwerpunkten Romanische Philologie, Volkswirtschafts-

lehre und Verkehrswissenschaften. Ihre Diplomarbeit absolvierte sie im Fach Spezielle Volkswirtschaftslehre zum Thema „Der private Konsum im NS-Aufschwung. Wohlfahrtsgewinn oder Propagandacoup?“. Vor ihrer Tätigkeit beim RWI war sie Mitarbeiterin und zuletzt kommissarische Leiterin der Kommunikationsabteilung der UN University (UNU-EHS und UNU-ViE) in Bonn.



Seit dem 1. September ist **Philipp Großkurth** im Büro Berlin als Wissenschaftler des Kompetenzbereichs „Umwelt und Ressourcen“ und Referent der Arbeitsgruppe Recht des Acatech-Projekts „Energiesysteme der Zukunft“ tätig. Nach Praktika in Frankfurt und in Genf arbeitete er als Berater

für Investitionspolitik für UNCTAD. Sein Studium in International Economics absolvierte er an der Universität Göttingen, der Seoul National University und der Korea University mit den Schwerpunkten Entwicklungsökonomik, Angewandte Ökonometrie und Fremdsprachen. Er ist Alumnus des Carlo-Schmid-Programms für Praktika in Internationalen Organisationen und EU-Institutionen und Mitglied im CSP-Netzwerk für internationale Politik und Zusammenarbeit.



Dr. Michael Kvasnicka, Wissenschaftler im Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ seit 2007, hat im September eine W3-Professur an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg angetreten. Er leitet dort den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre. Die inhaltlich-

thematische Ausrichtung des Lehrstuhls liegt im Bereich der empirischen Wirtschaftsforschung. Er bleibt dem RWI als freier Mitarbeiter verbunden.

Personalia



Dr. Alfredo Paloyo forscht und lehrt seit Juli an der Universität von Wollongong in New South Wales, Australien (School of Accounting, Economics, and Finance, Faculty of Business). Gleichzeitig ist er Mitglied des dortigen Center for Human and Social Capital Research. Herr Paloyo promovierte an

der Ruhr Graduate School in Economics, war von 2010 an als Wissenschaftler im Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ tätig und bleibt dem RWI als freier Mitarbeiter verbunden.



Michael Themann arbeitet seit dem 15. Juli als Referent für Kommunikation und Wissenschaftler des Kompetenzbereichs „Umwelt und Ressourcen“ im Büro Berlin. Er absolvierte von 2011 bis 2013 ein Masterstudium in Economics mit Schwerpunkt Angewandte Politikanalyse an

der Nova School of Business and Economics in Lissabon. Im Rahmen seiner Masterarbeit mit dem Titel „A Green Future for European Electricity? Energy Sources, Policies and Further Determinants of the Household Price of Electricity“ untersuchte er die Effekte von Erneuerbaren, Förderpolitiken und Regulierung auf den Strompreis für 29 europäische Länder. Im RWI beschäftigt er sich insbesondere mit dem Acatech-Projekt „Energiesysteme der Zukunft“ als Referent der Arbeitsgruppe Ökonomie.

„Was macht eigentlich ...“

... Christoph Ehlert



Christoph Ehlert ist seit Februar 2013 als Referent in der ESF-Verwaltungsbehörde im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen tätig. Zudem ist er Lehrbeauftragter für Arbeits- und Mikroökonomik an der Hochschule Rhein-Waal und im Rahmen eines Evaluationsprojekts weiterhin mit dem RWI verbunden. Von 2007 bis 2013 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ des RWI. Hier arbeitete er vor allem an Projekten zur Evaluation von Arbeitsmarkt- und Bildungsprogrammen im In- und Ausland. Zuvor hatte er an der Leibniz Universität Hannover und der California State Polytechnic University (Pomona, USA) Wirtschaftswissenschaften studiert. Seine an der Humboldt-Universität zu Berlin eingereichte Dissertation trägt den Titel „Evaluation of German active labour market policies and their organisational framework“.

1.) Was haben Sie aus Ihrer Arbeit am RWI für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?

Wo soll ich da anfangen? Ich bin in meiner neuen Tätigkeit neben vielen anderen Dingen für die Begutachtung von Evaluationen zuständig, die beauftragte Forschungsinstitute für uns durchführen. Das reicht von der Bewer-

ung der Konzepte bis hin zur Abnahme von Berichten in Zusammenarbeit mit den beteiligten Fachreferaten. Auch das Schreiben wissenschaftlicher Texte habe ich am RWI gelernt – das kommt mir hier sehr zugute. Neben fachlichen Aspekten habe ich am RWI aber auch vieles über Teamwork gelernt, was ich nun einbringen kann.

2.) Was haben Sie aus Ihrer Zeit am RWI noch am deutlichsten in Erinnerung?

Zwei Dinge sind mir deutlich in Erinnerung: Zum einen der gute und beständige Austausch mit meinen Kollegen, von dem ich sehr profitiert habe. Es standen (und stehen noch) immer alle Türen offen. Zum anderen ist mir das Seminarwandern in bester Erinnerung, weil wir oft viel längere Wege als geplant zurückgelegt haben, woran ich sicher nicht ganz unschuldig war.

3.) Wie unterscheidet sich das, was Sie jetzt tun, von Ihrer Arbeit am Institut?

Meine jetzige Tätigkeit ist mit mehr Tagesgeschäft verbunden. Zwar dominieren – wie am RWI – weiterhin längerfristige Projekte, gleichzeitig kommen aber viele kurzfristige Anforderungen hinzu. Freie Forschung ist jetzt ein Teil meiner Freizeitbeschäftigung geworden, wohingegen die Begutachtung von Forschungsprojekten nun Teil meiner Arbeit ist.

4.) Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zukommen wird?

In Zeiten knapper werdender Finanzmittel die Unabhängigkeit zu bewahren.

5.) Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten?

So etwas können Sie mich vielleicht in 30 Jahren fragen...



RWI News

Nr. 3/2013 (September)

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3
45128 Essen

Fon: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200

rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Katharina Brach

Layout: Daniela Schwindt, Ailine Lingnau

Fotos: RWI (Ronald Bachmann, György Barabas, Katharina Brach, Julica Bracht, Corinna Hentschker, Waltraud Lutze, Erik Schlößer, Sabine Weiler),
Universität Duisburg-Essen (S. 7), Bundesregierung/Guido Bergmann (S. 10),
Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde (S. 14)

ISSN 1612-3581